

**Anfrage mit Vorrang zur schriftlichen Beantwortung P-002279/2023  
an die Kommission**

Artikel 138 der Geschäftsordnung

**Emil Radev** (PPE), **Andrey Novakov** (PPE), **Andrey Kovatchev** (PPE), **Alexander Alexandrov Yordanov** (PPE), **Asim Ademov** (PPE), **Manuela Ripa** (Verts/ALE), **Heidi Hautala** (Verts/ALE), **Vlad Gheorghe** (Renew), **Elżbieta Kruk** (ECR)

Betrifft: Gewalt gegen Heimtiere in Bulgarien

Vor kurzem haben wir von einem weiteren grausamen Verbrechen an Hunden erfahren, an dem Gemeindebedienstete beteiligt waren, zu deren Pflichten es gehört, sich um Tiere zu kümmern. Ihr Verbrechen ist kein Einzelfall, sondern hat System. Berichten zufolge sollen die betreffenden Bediensteten wiederholt Hunde unter Drogen gesetzt, misshandelt und unrechtmäßig aus einem Tierheim in benachbarte Gemeinden gebracht haben, wo sie dem Tod überlassen wurden.

Die zuständigen Behörden haben bereits ein Vorverfahren eingeleitet. Es ist jedoch nicht hinnehmbar, dass solche Verbrechen in einem Land begangen werden, das Quälerei von Wirbeltieren unter Strafe gestellt und als eines der ersten Länder der EU einen Polizeidienst eingerichtet hat, der auf die Überwachung von Tieren und Tierschutz spezialisiert ist. Außerdem kommt es immer häufiger zu gewalttätigen Verbrechen gegen Tiere.

Hunde und Katzen sind die am häufigsten gehaltenen Haustiere, es gibt jedoch keine spezifischen Rechtsvorschriften der EU für ihren Schutz, was bedeutet, dass sie oft vernachlässigt, ausgesetzt und ermordet werden.

1. Wann beabsichtigt die Kommission, umfassende Rechtsvorschriften der EU für den Schutz von Heimtieren vorzuschlagen?
2. Welche Maßnahmen zur Verbesserung ihres Schutzes gibt es derzeit, und welche Maßnahmen plant die Kommission?
3. Liegen der Kommission Informationen über die Mittel vor, die für den Bau und die laufenden Kosten des Tierheims verwendet wurden, sowie darüber, ob diese rechtmäßig verwendet wurden, insbesondere wenn EU-Mittel in Anspruch genommen wurden?

Eingang: 19.7.2023